

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

100 Tage Sirisena – Die *Society for Threatened Peoples* zieht Bilanz

Im April 2015 veröffentlichte die *Society for Threatened Peoples* (STP) einen umfangreichen Bericht, in dem sie eine Bilanz der ersten drei Monate der neuen Regierung zieht. In seinem 100-Tage-Wahlprogramm hatte Präsident Maithripala Sirisena nach seinem unerwarteten Sieg im Januar 2015 umfassende innenpolitische Reformen sowie die Bekämpfung von Korruption angekündigt. Laut Bericht konnten seit dem Regierungswechsel bereits einige Verbesserungen erzielt werden. So wurden beispielsweise die Preise für Benzin und Lebensmittel gesenkt, das Verbot, die tamilische Nationalhymne zu singen, aufgehoben und in Sri Lanka bislang gesperrte Internetseiten der Bevölkerung wieder zugänglich gemacht. Die tamilische Version der Nationalhymne hatte Mahindra Rajapaksa 2010 inoffiziell verboten, woraufhin öffentliche Schulen sowie weitere öffentliche Einrichtungen diese aus ihrem Alltag verbannten. Die ausdrückliche Verfügung Sirisenas zur Wiedereinführung der tamilischen Hymne soll den Prozess der Versöhnung zwischen Tamilen und Singhalesen auf Sri Lanka fördern. Als weitere Verbesserung stellt der Bericht erste Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung fest, obwohl es bislang noch keine Verurteilungen gegeben hat. Alle Wahlversprechen seines 100-Tage-Programms konnte Sirisena allerdings nicht umsetzen. Insbesondere den Forderungen der sri-lankischen Minderheiten, die Sirisena bei seiner Wahl im Januar entscheidend unterstützt hatten, wurde bislang nicht nachgekommen. Auch ist es trotz massiver Kritik noch immer erlaubt, auf der Grundlage des Terrorismuspräventionsgesetzes (*Prevention of Terrorism Act*, PTA) Einzelpersonen ohne Anklage zu verhaften und festzuhalten. Weder der Verbleib der mehr als 280 „gewaltsam verschwundenen“ politischen Gefangenen wurde bisher näher untersucht, noch die Einschüchterungen und Verhaftungen tamilischer Journalisten und Übergriffe durch Polizei und Militär unterbunden. Den Forderungen nach Truppenreduzierung im Norden des Landes wurde bislang ebenfalls nicht nachgekommen. Im Norden und Osten Sri Lankas wurden zwar Landrückgaben an die Zivilbevölkerung eingeleitet, das zugeteilte Land liegt jedoch größtenteils auf militärischem Gebiet, sodass die Bevölkerung der Kontrolle durch die Armee ausgesetzt ist. Die Gesamtbilanz ergibt, dass die neue Regierung in den ersten 100 Tagen durchaus Verbesserungen be-

züglich der Lage von Minderheiten, der Presse- und der Religionsfreiheit erzielen konnte. Massive Probleme bestehen aber vorerst weiterhin bei der Umsetzung der Menschenrechte.

Massenproteste nach Sexualverbrechen

Im Mai 2015 kam es in Jaffna zu Massenprotesten, nachdem Anfang des Monats unweit der Stadt, auf der Insel Pungudutivu, eine 18-jährige Schülerin von einer Gruppe Männer vergewaltigt und anschließend ermordet worden war. Die Leiche hatte man am 14. Mai in einem verlassenen Haus gefunden. Die Wut der Bevölkerung richtete sich insbesondere gegen das Versagen der Polizei. Ihr wird vorgeworfen, die Vermisstenanzeige der Eltern des Opfers nicht ernst genommen zu haben. Behördenvertreter teilten mit, die Demonstranten hätten Steine auf das Gerichtsgebäude geworfen und mehrere staatliche Fahrzeuge beschädigt. In Zusammenhang mit den Protesten wurden mehr als 130 Personen vorläufig festgenommen und mehrere Polizisten verletzt. Mitte Mai wurden nach Angaben der Polizei neun mutmaßliche Täter verhaftet, darunter auch ein in Zürich wohnhafter Tamile. Aufgrund der Vorfälle traf sich Präsident Maithripala Sirisena in Jaffna Ende Mai 2015 mit Vertretern des Militärs und der Polizei, um die Sicherheitslage nach den gewalttätigen Protesten zu klären. Auch traf er sich mit den Eltern des ermordeten Mädchens und Schüler(inne)n von 17 verschiedenen Schulen, denen er versprach, eine Sonderkommission zu bilden und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Commonwealth bieten Unterstützung bei Untersuchung von Kriegsverbrechen an

Im Februar 2015 besuchte Commonwealth-Generalsekretär Kamallesh Sharma Sri Lanka. Dabei kündigte er die Unterstützung der Commonwealth-Staaten bei einer glaubwürdigen, internationalen Untersuchung der Kriegsverbrechen an, die gegen Ende des Bürgerkrieges von der Armee und den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) begangenen wurden. Die Untersuchung war eines der zentralen Wahlversprechen des neuen Präsidenten Maithripala Sirisena, die der ehemalige Präsident Mahinda Rajapaksa bisher kategorisch abgelehnt hatte. In der Endphase des Bürgerkriegs kamen laut den Vereinten Nationen mindestens 40.000 Menschen ums Leben.

US-Außenminister Kerry lobt voranschreiten- den Demokratisierungsprozess in Sri Lanka

Anfang Mai 2015 besuchte nach zehn Jahren erstmals wieder ein US-Außenminister Sri Lanka. John Kerry traf in Colombo auf den im Januar gewählten Präsidenten Maithripala Sirisena. Nach politischen Gesprächen lobte Kerry die Fortschritte der Regierung, Reformen zur Demokratisierung durchgesetzt zu haben. Kerry sagte, er wolle die US-Verbindungen zu Sri Lanka erneuern und forderte die neue Regierung zu einer guten Zusammenarbeit auf. Dadurch soll auch eine Untersuchung der vergangenen Kriegsverbrechen nach internationalen Standards gewährleistet werden. Außerdem sicherte Kerry nach Jahren der Spannungen zwischen Washington und dem ehemaligen Präsidenten Sri Lanka „technische Hilfe“ zu. So kündigte er an, die Vereinigten Staaten würden umgehend Experten entsenden, welche die neue Regierung zu Wirtschaftswachstum, Handel und Investitionen beraten sollen.

Minister der *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) zurückgetreten

Ende Mai 2015 kündigten vier Minister der *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) um Maithripala Sirisena in einer Pressekonferenz an, ihr Amt niederzulegen. Die Minister Mahinda Yapa Abewardene, Dilan Perera, C. B. Rathnayake und Pavitradevi Wanniarachchi beschuldigen den Premierminister Ranil Wickremesinghe der *United National Party* (UNP) der Selbstherrlichkeit sowie der Kontrolle über die Koalitionsregierung. Des Weiteren sagen sie, es hätte keinen Sinn mit einer Regierung zusammenzuarbeiten, die ihre Wahlversprechen nicht einhalten würde. Der Rücktritt der vier Minister kann somit als ein Zeichen des noch bestehenden Einflusses Mahinda Rajapaksas betrachtet werden, der auf ein politisches Comeback hofft.

Parlamentswahlen verschoben

Die für den 21. April 2015 angekündigten Parlamentswahlen wurden auf August 2015 verschoben, wie Premierminister Ranil Wickremesinghe von der UNP am 17. Mai erklärte. Berater des Präsidenten Sirisena hatten die Vertagung der Neuwahlen zunächst für Juni angekündigt, gaben später jedoch an, dass es voraussichtlich nicht vor August dazu kommen würde. Sirisena sprach sich Mitte Mai bei einem Treffen mit Medienvertretern dafür aus, das neugewählte Parlament erstmals im September 2015 zusammentreten zu lassen. Aktuell steht noch zur Debatte, welches Wahlsystem für die Parlamentsneuwahl genutzt werden soll.

Die Verschiebung der Wahlen verschafft der Regierung Zeit, neue Gesetze zu verabschieden. So wird ein „20. Zusatzartikel zur Verfassung Sri Lankas“ ausgearbeitet, welcher das Wahlgesetz reformiert. Zudem können die Behörden die Ermittlungen in Verdachtsfällen von Korruption gegen wichtige Anhänger des ehemaligen Präsidenten Rajapaksas intensivieren und die Demokratisierung im Land voranbringen. Den Behörden wird vorgeworfen, für den Wahlkampf benötigte Gelder illegal angehäuft zu haben. Das neue Wahlgesetz soll zukünftig Korruption dieser Art verhindern, die unter den Mitgliedern des Parlaments weit verbreitet ist. Sirisena äußerte die Hoffnung, dass dadurch alle Parteien von einer Nominierung skrupelloser Parlamentskandidaten absehen würden. Einer der jüngeren Brüder Rajapaksas, der ehemalige Minister für wirtschaftliche Entwicklung, wurde bereits verhaftet. Der Zeitpunkt der Neuwahlen hat Bedeutung für die innenpolitische Stabilität Sri Lankas und das Verhältnis zur internationalen Gemeinschaft. Nicht zuletzt weil während der 30. Sitzung des Menschenrechtsrates der lang erwartete UN-Menschenrechtsreport (*Office of the High Commissioner for Human Rights Investigation on Sri Lanka*) über mutmaßliche Kriegsverbrechen veröffentlicht werden soll. Der Rat tagt vom 14. September bis zum 2. Oktober 2015 in Genf. Durch die anstehende Veröffentlichung gerät die Regierung Sirisena unter Druck, gerechte Formen für den Umgang mit den begangenen Kriegsverbrechen zu finden. Da der UN-Menschenrechtsrat der sri-lankischen Regierung im vergangenen März eine Frist von sechs Monaten gegeben hatte, muss diese ihre Aufrichtigkeit bis September durch entsprechende Maßnahmen bewiesen haben. Für Colombo wären Fehlschläge ein enormer Rückschlag in der Annäherung an Washington und an andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft.

Verkehrsverbindung zwischen Sri Lanka und Indien geplant

Die indische Zentralregierung erwägt den Bau einer Straßen- und Bahnverbindung über die Palkstraße nach Sri Lanka um den Transport zwischen den beiden Ländern zu verbessern. Der indische Minister für Straßen- und Seeverkehr, Nitin Gadkari, äußerte im Juni 2015, die Verbindung über die Meerenge könne aus einer Kombination von Seebrücke und Unterwassertunnel bestehen. Der Tunnel würde somit die Schifffahrt nicht beeinflussen. Die Entfernung zwischen Dhanushkodi an der südlichen Spitze des Bundesstaates Tamil Nadu und der sri lankischen Grenze beträgt circa 23 Kilometer. Ein Antrag auf eine Machbarkeitsstudie mit anschließender Finanzierung wurde bereits bei der *Asian Development Bank* (ADB) eingereicht.